

# Deutsche Polizeigewerkschaft Rheinland-Pfalz (DPolG)

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

*1. Mit großen Worten, Kampagnen und Plakaten wird zwar immer wieder Respekt gegenüber Einsatzkräften eingefordert, im politischen, medialen und gesellschaftlichen Alltag sieht das gegenüber der Polizei allerdings immer wieder anders aus. In dienstlichen Workshops beklagen die Kollegen\*innen Vorverurteilungen, Unterstellungen und das Schüren von Ressentiments gegenüber der Polizei auch aus dem politischen Raum. Die DPolG tritt mit allem Nachdruck dafür ein, dass die Polizei rechtsstaatlich handelt und dass verfassungsfremdes Verhalten mit allen straf- und dienstrechtlichen Mitteln verfolgt wird.*

**Frage: Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei den Beschäftigten der Polizei in Rheinland-Pfalz den Rücken zu stärken und vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen?**

Antwort:

Die Menschen in Rheinland-Pfalz leben sicher, dafür sorgt eine starke und moderne Polizei. Rheinland-pfälzische Polizistinnen und Polizisten sind auf Streife vor Ort und im Netz. Für ihren Einsatz verdienen sie größte Anerkennung und unseren ausdrücklichen Dank.

Statt der aktuell weltweit und zum Teil hitzig geführten Diskussionen zu Polizeigewalt und Rassismus bedürfen diese Themen einer sachlichen Auseinandersetzung. Klar ist, dass wir keinen Extremismus und keinen Rassismus dulden. Einen gleichzeitigen pauschalen Umgang mit diesen Themen halten wir für nicht zielführend. Um die Debatte daher zu versachlichen, werden wir gemeinsam mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften der Polizei die Durchführung einer Studie zu den Werten und den sich wandelnden Anforderungen des Polizeiberufs unterstützen. Diese Studie kann nicht nur einen Beitrag zu einer zielgerichteten Debatte leisten, sondern auch aufzeigen, ob und wie wir die Aus- und Fortbildung der Polizei weiter verbessern können. Weiter soll die Studie auch dazu dienen, die beruflichen Belastungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einzubeziehen und Risiko- und Schutzfaktoren im Sinne einer Resilienzförderung zu identifizieren und verbessern.

Sofern Vorwürfe in der Vergangenheit gegenüber der Polizei in Rheinland-Pfalz geäußert wurden, erfolgte stets eine unvoreingenommene und gründliche Aufklärung. Fehlverhalten wurde sanktioniert, falsche Anschuldigungen ausdrücklich als solche bezeichnet. So war es schon immer in Rheinland-Pfalz und so werden wir das auch zukünftig handhaben. Ein entsprechender Umgang sorgt aus unserer Sicht für Transparenz und stiftet Vertrauen. Vorverurteilungen darf es aus unserer Sicht in solchen Fällen nicht geben.

2. Die Bodycam hat nachgewiesenermaßen eine hohe deeskalierende Wirkung. In Wohnungen darf sie in Rheinland-Pfalz aber immer noch nicht eingesetzt werden. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein hohes Gut, steht jedoch verfassungsrechtlich weit hinter dem Grundrecht auf Unversehrtheit von Leib und Leben. Dieses deeskalierende Einsatzmittel schützt somit Leib und Leben von Kollegen\*innen und betroffener Bürger\*innen. Nicht verkannt werden sollte auch, dass der Polizei ein Einsatzmittel zu Verfügung stehen muss, um sich gegen Beschuldigungen durch gefälschte Handy-Videos adäquat zur Wehr setzen zu können.

**Frage: Ist ihre Partei bereit, adäquat in die Unversehrtheit von Leib und Leben sowohl von Polizisten\*innen als auch der Bürger\*innen den höchstmöglichen Schutz zu investieren und mit welchen Maßnahmen gedenken Sie es zu tun?**

Antwort:

Die SPD Rheinland-Pfalz steht zu den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land. Übergriffe auf Einsatzkräfte verurteilen wir aufs Schärfste und werden auch zukünftig alles daransetzen, Angriffe bestmöglich zu verhindern.

Für einen entsprechenden Schutz statten wir unsere Polizei fortlaufend mit moderner Schutzausrüstung und zeitgemäßen Einsatzmitteln aus. Mit der landesweiten Einführung der Bodycam und des Tasers im Wechselschichtdienst waren wir bundesweit Vorreiter. Wir sorgen dafür, dass jeder Einsatz-Funkstreifenwagen zukünftig mit einem Taser ausgestattet werden kann. Auch der Einsatz von Bodycams in Wohnungen kann im Einzelfall dem Schutz unserer Einsatzkräfte und der Beweissicherung dienen. Mit der Schutzausrüstung für den Einsatz bei Terrorlagen (LebEL-Ausstattung) und die neue Generation Schutzwesten sorgen wir für eine fortschrittliche Schutzausrüstung. Auch in den kostenintensiven Bereichen unsere Polizeihubschrauberstaffel und unserer Bootsflotte bei der Wasserschutzpolizei werden wir auch weiterhin dafür sorgen, dass unsere Polizei über eine moderne Ausstattung verfügt.

Aber auch Gesetzesinitiativen zur Verschärfung entsprechender Straftatbestände stehen wir offen gegenüber. Wir wollen entsprechende Verfahren beschleunigen, indem wir die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bearbeitung von Straftaten gegen Einsatz- und Rettungskräfte vorantreiben.

Um dieser komplexen gesellschaftlichen Entwicklung mit einem ganzheitlichen Ansatz zu begegnen, werden wir zusätzlich die Öffentlichkeit auch weithin und beständig für diese Thematik sensibilisieren.

Wer unsere Einsatzkräfte angreift, greift unsere Demokratie und unsere Freiheit an – das ist nicht zu akzeptieren.

3. Die Polizei hat, trotz der hohen Einstellungszahlen immer noch deutlich zu wenig Personal bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs an den unterschiedlichsten Stellen. Der Aufbau des Personalkörpers geht schleppend voran. Zunehmend wird es auch schwieriger qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. Deshalb gehört aus Sicht der DPolG die Laufbahn bis A 11 in eine Regelbeförderung überführt (Vermeidung von jährlich über 80.000 Stunden im Beurteilungsverfahren) und die Stellen im Bereich von A 12 und A 13 sowie im 4. Einstiegsamt massiv erhöht.

**Frage: Mit welcher Strategie wird Ihre Partei der Polizei bei ihren Personalproblemen helfen und wie positioniert sie sich in der Frage der Anhebung der Stellen bzw. der Stellenplanobergrenzen?**

Antwort:

Die SPD Rheinland-Pfalz übernimmt Verantwortung für unsere Einsatzkräfte, indem sie für eine ausgezeichnete technische und personelle Ausstattung sorgt und so gewährleistet, dass wir eine moderne gut aufgestellte Bürgerpolizei in Rheinland-Pfalz haben.

Dank der Personalpolitik der SPD-geführten Landesregierung wird die Polizei auch in den nächsten Jahren weiter wachsen und bis 2024 auf die Stärke von 10.000 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten ansteigen. Auch an der hohen Zahl der jährlichen Anwärterinnen und Anwärter werden wir weiterhin festhalten. Zusätzlich werden wir pro Jahr 75 neue Spezialisten, Verwaltungs- und Tarifkräfte einstellen, damit sich unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Mit der konsequenten Fortführung der Digitalisierung bei der Polizei entlasten wir die Beamtinnen und Beamten von bürokratischer Arbeit. Die Ausstattung mit mobilen Endgeräten, mobil nutzbaren und stetig weiterentwickelten Apps und dem mobilen Zugriff auf wichtige Datenbestände sorgen dafür, dass ein modernes Arbeitsumfeld geschaffen wird.

Wir wollen auch weiterhin sicherstellen, dass unsere Polizeibeamtinnen und -beamten angemessen besoldet werden. Bei den Polizeibeamtinnen und -beamten fand seit Januar 2019 eine Besoldungserhöhung in Höhe von 11,8 Prozent statt. Die weitere Anpassung der Gehälter werden wir vor dem Hintergrund der allgemeinen Lohnentwicklungen und unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des Haushalts im Blick behalten.

Wir nehmen die vielfältigen Belastungen des Polizeiberufes sehr ernst und tragen diesen mit gezielten Maßnahmen Rechnung. Gemeinsam mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften arbeiten wir daran, allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein durchdachtes und attraktives Angebot zur Heilfürsorge als Alternative zur Beihilfe anbieten zu können.

Schließungen von Polizeiinspektionen und Polizeiwachen wird es mit uns nicht geben. Die Zahl der mehr als 100 Polizeidienststellen im Land werden wir erhalten.

*4. Eine Aufzählung der personellen und materiellen Defizite der Kriminalpolizei in Rheinland-Pfalz würde den Rahmen dieser Wahlprüfsteine sprengen. Kriminalitätsphänomene wie Hasskriminalität, Terrorismus/Extremismus jeglicher Couleur, Missbrauch von Minderjährigen, Cybercrime sowie die zunehmende Internationalisierung von kriminellen Handlungen sind nur einige Beispiele für die schnell wachsenden kriminalpolizeilichen Herausforderungen. Personal- und insbesondere Fachkräftemangel, dezentrale Organisationsstrukturen, fehlende Attraktivität und mangelnde bauliche Gegebenheiten sind einige wenige der ungelösten Herausforderungen unserer Kriminalpolizei.*

**Frage: Mit welchem Konzept und mit welchen strukturellen Maßnahmen entgegnet ihre Partei den kriminalpolizeilichen Herausforderungen für das angebrochene Jahrzehnt?**

Antwort:

Neuen Gefahrenlagen und Kriminalitätsphänomenen muss zeitgemäß und zukunftsgerichtet begegnet werden. Damit unsere Kriminalpolizei auch den zukünftigen Herausforderungen entschieden entgegentreten kann, wollen wir sie personell und technisch stärken.

Auf die fortschreitende Digitalisierung und Globalisierung neuer Tatbegehungsweisen reagieren wir nicht nur mit einer Anpassung der entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen, wir statten unsere Ermittlerinnen und Ermittler technisch so aus, dass große Datenmengen schnell und präzise ausgewertet werden können. Unter der Führung der SPD wurden im zurückliegenden Jahr schon alle 16 Fachkommissariate zur Bekämpfung von Kinderpornografie mit zweckgebundenen zusätzlichen Auswertrechnern ausgestattet. Durch den Einsatz von Auswertsoftware können wir die Ermittlerinnen und Ermittler deutlich entlasten, sowohl zeitlich als auch psychisch. Wir setzen im Kampf gegen neue Kriminalitätsfelder mittelfristig auch auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Hierzu hat das SPD-geführte Innenministerium im zurückliegenden Jahr ein bundesweit einzigartiges Projekt angestoßen, das unter Zusammenarbeit mit dem Deutschen Forschungszentrum KI in Kaiserslautern die Nutzung Künstlicher Intelligenz für polizeiliche Zwecke erforschen soll. Vor allem in der KI-gestützten Vorselektion und Relevanzbewertung von großen Datenmengen sehen wir einen deutlichen Mehrerfolg. Wir stehen an der Seite der Beamtinnen und Beamten. Durch ein erweitertes Angebot an Supervision wollen wir nachhaltig die Motivation und die Leistungsfähigkeit aufrechterhalten. Mit der weiteren personellen Verstärkungen durch Fachkräfte und Spezialistinnen und Spezialisten in den Bereichen Technik und Cybercrime reagieren wir auf neue Kriminalfelder. Steuerhinterziehung, Geldwäsche, Korruption, Betrug und Untreue machen jährlich einen Großteil des in der polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesenen Gesamtschadens aus. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität werden wir die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten intensivieren.

Mit diesen Maßnahmen sorgen wir dafür, dass auch neue Herausforderungen von unseren Ermittlerinnen und Ermittlern erfolgreich bewältigt werden können.

5. Die Polizei Rheinland-Pfalz benötigt für die Strafverfolgung im digitalen Raum die beste technische Ausstattung und höchstes Know-how. Gerade im IT-Bereich besteht ein erheblicher Wettbewerb um die besten Köpfe. Insbesondere die räumliche Nähe zu mehreren Bundessicherheitsbehörden macht dies für die Polizei Rheinland-Pfalz nicht einfacher. Neben der Gewinnung von IT-Fachkräften wird auch die Bindung dieses Personals immer wichtiger.

**Frage: Mit welchen Maßnahmen möchte ihre Partei die Gewinnung und insbesondere die Bindung von geeigneten Fachkräften sicherstellen?**

Antwort:

In der zunehmend digitalen Welt verlagert sich auch die Kriminalität immer mehr in den digitalen Raum. Hierauf muss reagiert werden. Gemeinsam mit den Polizeibehörden wurde die „Bekämpfungsstrategie Cyberkriminalität“ entwickelt, die die notwendigen Entwicklungsschritte vorgibt. Für eine erfolgreiche Polizeiarbeit in diesem Bereich bedarf es nicht nur einer entsprechenden technischen Ausstattung und klarer organisatorischen Vorgaben, auch gut ausgebildete Polizeikräfte sind von entscheidender Bedeutung. Seit Jahren werden bereits IT-Fachkräfte für die Polizei gewonnen. Entsprechende IT-Forensiker und Cyberanalysten leisten wichtige und gute Arbeit. In Zukunft bilden wir in einem dualen Studiengang und einem Fortbildungsprogramm zusätzlich eigene IT-Fachkräfte und IT-Kriminalisten aus und stellen unseren Ermittlerinnen und Ermittlern modernste Technik zur Verfügung. Für das Jahr 2021 haben wir bereits die stellenplanmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen, bis zu 20 IT-Experten zu Kriminalbeamtinnen und -beamten zu qualifizieren. Mit einer fortschreitenden Erneuerung von IT-Systemen, polizeilichen Fachanwendungen und Datenbanken sorgen wir dafür, dass die Fachkräfte beste Arbeitsvoraussetzungen bei der rheinland-pfälzischen Polizei vorfinden. Wir stärken die Polizei als attraktiven Arbeitgeber, bei dem Kinderbetreuung, Angehörigenpflege und Beruf zu vereinbaren sind.

6. Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig der KVD in der Sicherheitsarchitektur von Rheinland-Pfalz ist. Jedoch wird dem kommunalen Vollzugsdienst auch nach der Änderung des POG der Sofortvollzug von angeordneten Maßnahmen verwehrt wo hingegen die Freiwillige Feuerwehren nach dem aktuellen LBKG ihre Maßnahmen sofort vollziehen und ohne jegliche Rechtskenntnisse mit unmittelbarem Zwang durchsetzen dürfen. Viele kommunale Vollzugsbeamte\*innen haben eine Ausbildung im Verwaltungs- oder im Justizvollzugsdienst. Im Dienst dürfen sie jedoch eine sofortige Vollziehung nicht durchsetzen, aber sehr wohl in der Freizeit als mögliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr im Einsatz.

**Frage: Was gedenkt ihre Partei zu tun, um diesen und weiteren defizitären Umständen wie die fehlende Bodycam im täglichen Dienst der kommunalen Beschäftigten des KVD entgegen zu wirken?**

Antwort:

Der kommunale Vollzugsdienst (KVD) leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit unseren Kommunen und unserem Land. Nicht erst, aber gerade auch die Corona-Krise hat die Bedeutung und Notwendigkeit der täglichen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KVD gezeigt. Für ihren Einsatz und ihre nicht immer einfache Arbeit verdienen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter großes Lob und einen ausdrücklichen Dank.

Dabei ist uns bewusst, dass die Anforderungen an den KVD und ihre tägliche Arbeit, zu deren Alltag leider auch mangelnder Respekt, Beschimpfungen, Drohungen und sogar tätliche Angriffe gegenüber den Einsatzkräften gehören, stetig wachsen. Für ihren Dienst verdienen sie eine gute und aufgabenangemessene Ausstattung sowie eine umfassende Ausbildung.

Als Grundlage für eine Ausweitung der Befugnisse und der Ausstattung des KVD sehen wir die Notwendigkeit einer Änderung der Ausbildung. Gesprächen über eine solche stehen wir offen gegenüber.